

## Nicht hier!



In Köln wurde der rechten Hetze von „pro Köln“ eine deutliche Absage erteilt. Mehr über die Hintergründe auf

Seite 2

## Nicht wirklich!



Wer „Killerspiele-rInnen“ und Amokläufer über einen Kamm schert, wird den wahren Ursachen der Gewalt nicht gerecht. Mehr auf

Seite 3

## Nicht machen!



Alle fürchten sich vor einer Globalisierung der US-Finanzkrise. Die Hintergründe erläutert Dr. Jürgen Born auf

Seite 4

## Online



Homepage:  
www.bszonline.de

## Wenn der Postmann zweimal klingelt...

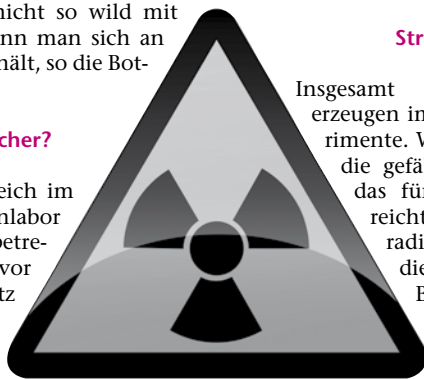
# Radioaktive RUB

**Wenn der Paketdienst trans-o-flex auf den Campus der Ruhr-Universität rollt, dann kann es sein, dass jemand einfach nur einen großen Computermonitor bestellt hat. Es kann aber auch sein, dass der unscheinbare Transporter radioaktive Stoffe liefert. Was viele nicht wissen: Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit wird an der RUB mit hoch strahlendem Material experimentiert.**

Niedlich: Ein kleines animiertes Zeichentrickmännchen schiebt Atome durch die Gegend. Es erklärt den Sinn von Schutzkleidung und weist auf ein erhöhtes Krebsrisiko durch Strahlung hin. Das putzige Männlein sorgt bei den TeilnehmerInnen des Strahlenschutzkurses am Rubion – der Zentralen Einrichtung für Ionenstrahlen und Radionuklide – immer wieder für Schmunzler. Irgendwie alles gar nicht so wild mit der Radioaktivität, wenn man sich an die Sicherheitsregeln hält, so die Botschaft.

### Sicher ist sicher?

Wer den Kontrollbereich im Zentralen Isotopenlabor (ZIL) der Ruhr-Uni betreten will, muss sich zuvor im Strahlenschutz unterweisen lassen, zum Beispiel von dem kleinen niedlichen Männlein im Film. Das Betreten und Verlassen wird sorgfältig dokumentiert, die persönlichen Daten 30 Jahre lang gespeichert. Im Labor selbst herrscht ein ständiger Unterdruck, damit ja keine Luft ungefiltert nach außen gelangt. Jeder Tropfen Wasser aus den Waschbecken landet in großen Tanks, und im Keller warten gelbe Tonnen auf Atommüll und kontaminiertes Arbeitsmaterial. Wer den Sicherheitsbereich wieder verlassen will,



muss sich auf ein großes Messgerät stellen, das in etwa aussieht wie eine Personenwaage. Damit werden Hände und Füße noch einmal gesondert auf Radioaktivität überprüft.

### Strahlende Aussichten

Insgesamt drei Teilchenbeschleuniger erzeugen im Rubion Strahlung für Experimente. Wenn man die ausschaltet, ist die gefährliche Strahlung weg. Weil das für viele Versuche nicht ausreicht, werden im Isotopenlabor radioaktive Nuklide verwendet, die dauerhaft strahlen – zum Beispiel für die medizinische Forschung. In einem Labor bauen WissenschaftlerInnen gerade eine Apparatur auf, um radioaktive Implantate für die Krebstherapie herzustellen. In einem anderen werden die lebenden Tumorzellen einer Frau bestrahlt, die schon in den 1950er Jahren an Krebs starb. „Krebszellen sind theoretisch unsterblich“, erklärt Rubion-Geschäftsführer Jan Meijer. „Die Zellen dieser Frau werden weltweit verwendet. So sind die Ergebnisse vergleichbar.“ Auch ForscherInnen anderer Disziplinen haben sich im Rubion für ihre Strahlenexperimente einquartiert. An der



Tür eines Labors prangt das Namensschild des Pflanzenphysiologen und amtierenden RUB-Rektors Elmar Weiler.

### Wohin mit dem Atommüll?

Für ihre Versuche verwenden die ForscherInnen zum Beispiel Phosphor-32. Der Betastrahler hat eine Halbwertszeit von etwa zwei Wochen. Innerhalb von einhalb Jahren klingt das Material ab und gilt nicht mehr als radioaktiv. Bei anderen Stoffen, die im Isotopenlabor verwendet werden, ist das nicht so einfach: Der ultraschwere Wasserstoff Tritium zum Beispiel braucht 120 Jahre zum Abklingen. Das Kohlenstoffisotop C-14 strahlt sogar an die 50.000 Jahre. Dieser Atommüll wird in speziellen Transporten von der Ruhr-Uni zur Landessammelstelle für radioaktive Abfälle nach Jülich gebracht. Zur Zwischenlagerung – denn ein sicheres Endlager gibt es dafür bis heute nicht, gibt auch Jan Meijer zu.

### Tierversuche mit Radioaktivität

Zum radioaktiven Sondermüll könnten an der Ruhr-Uni auch Tierkadaver werden. Derzeit werden im Isotopenlabor Versuche an Mäusen durchgeführt. Weitere Experimente mit Ratten sind geplant. Ob der Verbrauch von Versuchstieren ethisch vertretbar ist? Bei der Antwort zögert Jan Meijer einen kurzen Moment. „Man kommt da sehr schnell an Grundfragen, die kaum zu beantworten sind. Natürlich halten wir uns an alle Gesetze. Außerdem muss man sagen: Unseren Versuchstieren geht es immerhin besser als den Tieren in der industriellen Massentierhaltung.“ Ein beliebtes Argument von ForscherInnen, das die Situation der verstrahlten und getöteten Tiere freilich keineswegs verbessert.

### Forschung und Kommerz

Mit der Atom- oder Rüstungsindustrie habe man überhaupt nichts zu tun, betont der Rubion-Geschäftsführer. Kommerzielle Firmen sind in die Nutzung der RUB-Atomlabore trotzdem kräftig involviert. „Insbesondere mit dem großen Teilchenbeschleuniger machen wir Gewinne“, freut sich Meijer. Die Anlagen werden intensiv von Halbleiter- und Chipherstellern genutzt. „Ich bin Geschäftsführer, und ich sage es ganz offen: Forschung kostet Geld, und was wir machen, soll sich insgesamt rechnen“.

rvr

## Ist der Master of Education studierbar? Hydra auf dem Prüfstand

**Angehende Lehrerinnen und Lehrer studieren an der Ruhr-Uni den sogenannten Master of Education (M.Ed.). Hier versammeln sich Studierende verschiedenster Fachrichtungen zur zweitgrößten Fachschaft der RUB. Die Organisation dieser „Fächer-Hydra“ stellt für Lehrende und Studierende gleichermaßen eine fortwährende Herausforderung dar. Um einen Überblick über die Stärken und Schwächen der LehrerInnenausbildung in Bochum zu erhalten und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge zu machen, hat der Fachschaftsrat Master of Education eine Erhebung durchgeführt, deren Ergebnisse am 14. Oktober der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.**

In Zusammenarbeit mit dem „Zentrum für Lehrerbildung“ und Lehrenden des Instituts für Pädagogik wurde ein dreiseitiger Fragebogen erstellt, der den Studierenden im Januar vorgelegt wurde. Die Situation rund um die Studierbarkeit des M.Ed. sollte – wie passend – mit Schulnoten bewertet werden. Im Mittelpunkt stand hierbei unter anderem das Thema Kursüberschneidung. Trotz eifriger Bemühungen kommt es gerade bei der Kombination von natur- und geisteswissenschaftlichen Fächern noch immer zur Kollision von

Kursen, Praktika und Seminaren. „So entstehen unnötige Studienverzögerungen“, erklärt Sebastian Aretz vom Fachschaftsrat Master of Education. Erhoben wurden außerdem die Erfahrungen, die Studierende beim Nachholen ihres Latinums machen – wird doch der Sinn der Latinumpflicht gerade für angehende LehrerInnen in mehreren Fächern bereits seit einiger Zeit in Frage gestellt. Ein weiteres wichtiges Thema ist gerade angesichts der Fächervielfalt im M.Ed. der Arbeitsaufwand, der pro Kreditpunkt zu leisten ist. Die Umfrage ergab hier, dass die Unterschiede von Fach zu Fach zum Teil erheblich sind. Besonders LateinstudentInnen fühlen sich laut der Ergebnisse der Erhebung oft überfordert. Zudem wurde nach der Qualität der fachdidaktischen Veranstaltung, einer eventuellen Überfüllung der Kurse und der Transparenz des Studienganges gefragt – mit insgesamt durchaus positiven Resultaten. Auch für die Beratungsmöglichkeiten, ja sogar für die BeraterInnen selbst konnten die beteiligten Studierenden Noten von Eins bis Sechs abgeben.

Von besonderer Bedeutung für den Studiengang ist die Frage nach dem Bezug der Studieninhalte zur zukünftigen Lehrtätigkeit.

Gerade seit der Einführung des Zentralabiturs sind die Unterrichtsthemen klarer umrissen als je zuvor. „Hier gilt es, Studium und Berufsanforderungen noch besser in Einklang zu bringen“, fordert Sebastian Aretz.

Den InitiatorInnen der Erhebung ist durchaus klar, dass die Ergebnisse kaum dazu geeignet sind, die Situation in der weit verzweigten LehrerInnenausbildung eins zu eins abzubilden. Die Umfrage bietet aber letztlich die einzige Möglichkeit, einen Überblick über die Zufriedenheit mit der Studierbarkeit des M.Ed. zu erlangen. „Zudem haben wir mit den Ergebnissen ein Mittel, unsere Vorschläge und Forderungen empirisch zu untermauern“, hofft Sebastian Aretz. Die Erhebung ist bereits die zweite ihrer Art. Am neunten Oktober wird sie vorab den betroffenen Fachschaftsräten vorgestellt. Sowohl hier als auch bei der offiziellen Veröffentlichung der Erhebung hofft der Fachschaftsrat Master of Education auf reges Interesse – gibt es doch bei der Gestaltung des Studienganges trotz der überwiegend positiven Ergebnisse noch Einiges zu tun.

haje

## :boinkürze

### Start der Umweltzonen

Nachdem am 4. August der Luftreinhalteplan für das Ruhrgebiet in Kraft getreten ist, starten zum 1. Oktober auch die Umweltzonen. Das bedeutet, dass einige Strecken bald nur noch mit Feinstaubplakette befahren werden dürfen. Ausnahmen gelten nur in sehr wenigen Fällen und in der Regel nicht für Privatpersonen.

Zwar ist eine Übergangszeit angesetzt, diese ist aber mit 6 Wochen sehr knapp bemessen. In anderen Kommunen liegt die Übergangszeit bei bis zu 3 Monaten. Wer danach noch ohne Plakette in eine Umweltzone einfährt, riskiert 40 Euro Strafe und einen Punkt in Flensburg.

Zusätzlich zur Kontrolle durch die entsprechenden Organe soll dann auch bei Radarfallen in Umweltzonen eine Kontrolle stattfinden. Tappen zu schnelle Autofahrer in die Falle und haben keine Feinstaubplakette am Fahrzeug, wird die Strafe für die fehlende Plakette aufaddiert.

Bisher reicht es aus, wenn eine Plakette vorhanden ist. Welche Farbe diese hat spielt noch keine Rolle. Erst im Jahr 2010 soll eine Entscheidung darüber fallen, ob ab 2011 Fahrzeuge mit gelber oder roter Feinstaubplakette ein Einfahrverbot erhalten.

FF

# :bszaktuell

## Geld her oder ich schließe!

Die Uni Witten/Herdecke steht nach dem Weggang einer ihrer wichtigsten Investoren am 21. August ein weiteres Mal vor enormen finanziellen Engpässen (siehe bsz Nr. 757). Was zu diesem Zeitpunkt bereits zu befürchten war, ist nun Realität geworden: Die entstandenen Haushaltslöcher sollen von den Studierenden gestopft werden. Bisher war es in Witten möglich, die immensen Studiengebühren nach erfolgreichem Abschluss in Raten zurückzubezahlen. Dieses System wurde nun jedoch gekippt. Die Gebühren – die zudem deutlich angehoben wurden – werden sofort fällig. Zwar bietet die „Deutsche Bildung AG“ ein Finanzierungsmodell an; Zinsen, ein fehlendes soziales Abfederungsprogramm bei Arbeitslosigkeit nach dem Studium und hohe Anforderungen an die Leistungen der Studierenden schrecken jedoch viele ab. Die Studierendenvertretung in Witten zeigte sich entsetzt über die neuen Vorstöße der Universitätsleitung, die noch vor wenigen Wochen die Bedeutung des Investors herunterspielte. Es bleibt abzuwarten, welche Abbruchquoten die Uni mit dieser Entscheidung provoziert und ob sie ihre finanzielle Handlungsfähigkeit auf diese Weise nicht erst recht aufs Spiel setzt.

jk

## Wohin mit den Gebühren?

Nicht erst die vergangene Debatte über eine mögliche Halbierung der Studiengebühren an der Ruhr-Universität brachte die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Gebühren und ihrer Verwendung hervor. Schon seit ihrer Einführung ist die offizielle Erklärung, die „Campusmaut“ diene der „Verbesserung der Lehre“, nicht nur unter Studierenden höchst umstritten. So ergaben auch Studien zum Thema „Gebührenverwendung“, dass sich die Universitäten mehr als schwertun, das Geld sinnvoll einzusetzen. Aus diesem Grund veränderte die Landesregierung jüngst einen Passus im betreffenden Gesetz, der bisher untersagte, aus Studiengebühren neue Stellen für Professorinnen zu schaffen. Da diese nicht bloß lehren, sondern auch forschen, kommen neue Stellen also höchstens zur Hälfte der Lehre zugute. Nun sollen diese Stellen jedoch von den Studierenden allein getragen werden. So rechtfertigt das Land weiterhin hohe Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester und entzieht sich immer mehr der Verantwortung, Bildung unabhängig vom wirtschaftlichen Hintergrund der Studierenden zur Verfügung zu stellen. Die akute Problematik, dass vorwiegend Kinder aus reichen Elternhäusern einen akademischen Bildungsweg einschlagen können, wird also weiter zementiert.

jk

## Zukunftsvertrag für Opel Bochum

In den vergangenen Jahren glänzte die Opel-Niederlassung in Bochum nicht gerade durch positive Schlagzeilen. Zuletzt hat sich das Blatt jedoch gewendet, und so konnte der Betriebsrat nun einen sogenannten „Zukunftsvertrag“ unterzeichnen, der Kündigungen, Lohnkürzungen sowie Arbeitszeitverlängerungen bis zum Jahre 2016 ausschließt. Zudem wird die Hälfte der Auszubildenden in diesem Jahr unbefristet übernommen; alle weiteren Auszubildenden erhalten einen Arbeitsvertrag von vorerst einem Jahr. Nicht mehr ganz so rosig liest sich jedoch die Zukunft der Auszubildenden in den kommenden Jahren. Von ihnen erhalten nur zwanzig Prozent einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Außerdem sieht der Vertrag eine Kürzung des Weihnachtsgeldes ab 2011 vor. Diese vergleichsweise langfristigen Zusagen seitens des Konzerns sind möglich geworden, da spätestens ab 2011 zwei neue Opel-Modelle in Bochum gefertigt werden. Wie jedoch die Zukunft des Werks über das Jahr 2016 hinaus aussieht, ist weiterhin völlig ungewiss.

jk

## Zeche Carl gerettet?!

Der Rat der Stadt Essen hat entschieden, dass das soziokulturelle Zentrum Zeche Carl erhalten bleiben soll. Dazu soll im Februar 2009 ein neuer Träger für das Zentrum benannt werden. Die geplante Neukonzeption soll öffentlich sein, sodass sich sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch andere Kulturinteressierte und Mitarbeiterinnen der Einrichtung beteiligen können. Dennoch werden die aktuellen MitarbeiterInnen der Zeche Carl in eine Transfergesellschaft übergehen. Es ist nicht klar, ob auch nur eine Person vom bisherigen Team bei einem Neuanfang dabei sein wird.

FF



# Breites Bündnis wehrt sich gegen „pro Köln“ Köln gab Contra!

**Für den 20. September lud die rechts-extreme Partei „pro Köln“ zum „Anti-Islamisierungskongress“ auf den Heumarkt in Köln ein. Als Massenkundgebung geplant, fiel die Veranstaltung schließlich mit rund hundert Anwesenden ins Wasser. Doch was war passiert? Mangelhafte Mobilisierungskraft, fehlender Rückhalt in der Bevölkerung und ein breites Bündnis gegen Rechts verhaselten „pro Köln“ das lange geplante Event.**

Bereits seit Jahren ist der inzwischen beschlossene Bau einer Großmoschee in Köln-Ehrenfeld ein beliebtes Thema für Medien und Kommunalpolitik. Als die Stadt vor rund sechs Jahren zum ersten Mal nach einem geeigneten Bauplatz für das islamische Gotteshaus Ausschau hielt, ergriff die 1996 gegründete Partei „pro Köln“ die Chance, durch Unterschriftenaktionen und populistische Angstmache gegen die drohende „Überfremdung“ und „Islamisierung“ der Stadt aus der politischen Bedeutungslosigkeit zu entfliehen. Denn bei „pro Köln“ handelt es sich nicht – wie oftmals angenommen – um eine Bürgerbewegung, die sich im Zuge der Diskussion um den Moscheebau gegründet hat, sondern um ein weiteres Parteiprojekt der „Neuen Rechten“. Gegenüber der Zeitung „Junge Freiheit“, die als Scharnier zwischen der konservativen und extremen Rechten gilt, offenbart „pro Köln“-Chef Markus Beisicht mit großer Selbstverständlichkeit den Charakter der Partei. Auf die Frage, ob die Ablehnung des Moscheebaus nur ein „Gewand“ für ein „rechtes Parteiprojekt“ sei, antwortet dieser: „Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“ Ein Blick in die Lebensläufe führender Mitglieder von „pro Köln“ zeigt außerdem unmissverständlich, wen Beisicht mit „wir“ meint.

### Rechtsextremer Hintergrund

Gegründet wurde die Partei als Ableger oder Nachfolger der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), die in erster Linie durch das Abwerben von DVU-Abgeordneten in Schleswig-Holstein politische Bedeutung erlangte und so zwischenzeitlich sogar Fraktionsstatus besaß. Ins Leben gerufen wurde die DLVH



Polizei bewacht Zugang zum Heumarkt

unter anderem vom Ex-NPD-Vorsitzenden Martin Mußgnug. Über eine Vergangenheit bei NPD und Republikanern verfügen auch zahlreiche Mitglieder von „pro Köln“, darunter mit dem Vorsitzenden Markus Beisicht (Republikaner), Schatzmeister Manfred Rouhs (JN, NPD und Republikaner) und Stadtrat Hans-Martin Breninek (Republikaner) auch führende Köpfe der Partei. Eine ernsthafte Distanzierung von dieser rechtsextremen Vergangenheit findet nicht statt. Ganz im Gegenteil: Beisicht steht sowohl DVU- als auch NPD-Publikationen für Interviews zur Verfügung und traf sich noch vor einem Jahr mit NPD-Chef Udo Voigt und DVU-Gründer Gerhard Frey in Straßburg.

### Europäische Allianz

Ganz im Zeichen brüderlicher Zusammenarbeit im extrem rechten Lager sollte auch der „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln stehen. Doch statt Mitglieder von NPD und DVU lud „pro Köln“ bekannte Vertreter rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien aus Europa

ein, die in Deutschland einen unverfänglicheren Eindruck machen. Doch es bedarf keiner großen Recherche, um zu bemerken, dass die Freunde und Unterstützer von „pro



Bunte GegendemonstrantInnen gegen braune Kundgebung

Köln“ weit rechts vom bürgerlichen Konservatismus anzusiedeln sind. Bereits im Vorfeld sagten allerdings „Stargäste“ wie FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache oder der französische Rechtsaußenpolitiker und Holocaust-Verharmloser Jean-Marie Le Pen ab. Le Pen will sogar gar nichts von einer Einladung gewusst haben, nachdem er von „pro Köln“ stolz als Gastredner angekündigt wurde. Der Auftritt der „großen Vorbilder“ blieb also aus. Stattdessen reisten nur einige führende Politiker rechtsextremer Parteien aus Italien und Belgien an.

### Köln stellt sich quer

Doch in Köln regte sich schnell Widerstand gegen den Kongress der Rechtsextremen. Ein breites Bündnis hatte bereits drei Stunden vor dem offiziellen Start des „Anti-Islamisierungskongresses“ zur Gegendemonstration auf den Roncalliplatz am Kölner Dom geladen. Neben VertreterInnen von CDU, SPD, Grünen und Linken nahmen auch Kirchenverbände, muslimische Verbände, Gewerkschaften und kleinere linke und kommunistische Parteien an der Veranstaltung unter dem Motto „Wir stellen uns quer“ teil. Es zeigte sich also quer durch das politische Lager die Bereitschaft, gegen Rechtsextremismus auf die Straße zu gehen und nicht zuzulassen, dass RassistInnen auf dem Rücken der muslimischen Minderheit um politische Rehabilitierung werben. Doch diese große Gegendemo am Dom war nicht nur dadurch von so großer Bedeutung, weil sogar ChristdemokratInnen und KommunistInnen Seite an Seite friedlich demonstrierten, sondern weil die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln in Scharen kamen, um „pro Köln“ die „rote Karte“ zu zeigen, wie es Oberbürgermeister Fritz Schramma nannte. Denn in den letzten Jahren warb die rechtsextreme Partei immer wieder damit, die „schweigende Masse“ gegen „die da oben“ zu verteidigen. Sofern die Mitglieder von „pro Köln“ tatsächlich je selbst an dieses Märchen geglaubt haben sollten – spätestens am 20. September wurden sie unsanft auf den Boden der Tatsachen zurückbefördert. Denn die Masse in Köln schwieg an diesem Tag nicht, sondern bezog deutlich Stellung gegen „pro Köln“. Fast 50.000 Menschen beteiligten sich an den Gegendemonstrationen und unterstrichen Kölns Ruf als weltoffene und tolerante Stadt, in der Rechtsextremismus keine Chance haben soll.

### Blockiert den Heumarkt!

Neben der Hauptkundgebung am Dom fanden sich auch überall dort Demonstrierende ein, wo Straßen und enge Gassen zum Heumarkt führten. Das erklärte Ziel bestand darin, durch friedliche Blockaden zu verhindern, dass SympathisantInnen von „pro Köln“ dorthin gelangten. Infolgedessen war die „Menschenmenge“ auch überschaubar. Weniger als hundert Personen tummelten sich vor der Bühne, auf der mit großen Buchstaben „Stop Islam“ geschrieben stand. Am Flughafen warteten weitere 200 bis 300, die jedoch nicht Richtung Innenstadt aufbrechen konnten,

da Demonstrierende die Bahnschienen blockierten und TaxifahrerInnen sich weigerten, die Rechtsextremen zum Heumarkt zu fahren. Als der Kongress um 12 Uhr mittags losgehen sollte, wartete ein Großteil der TeilnehmerInnen also noch am Flughafen. Kurze Zeit später hatte die Polizei bereits ein Einsehen und sagte den Kongress von „pro Köln“ ab. Es sei „unverhältnismäßig“, den zwei- bis dreihundert Rechtsextremen am Flughafen mit Wasserwerfern den Weg freizukämpfen. Die Sicherheit der Kölner Bürgerinnen und Bürger habe für die Polizei Priorität. Jörg Uckermann, Ex-CDU-Funktionär aus Ehrenfeld und heute Mitglied bei „pro Köln“, vermutete wohl andere Absichten bei der Polizei und beschimpfte diese – mit Bezug auf Oberbürgermeister Schramma (CDU), der bei der Gegendemonstration am Dom auftrat – abfällig als „Schramma-SA“. Der Polizeichef hat Uckermann inzwischen wegen Beleidigung angezeigt. Unbeeindruckt oder vielleicht auch in Unwissenheit über die Absage flog kurz nach Bekanntgabe des vorzeitigen Endes des Kongresses ein einmotoriges Flugzeug mit einem „pro Köln“-Banner über die Innenstadt. Doch es wirkte eher selbstironisch, „pro Köln“ einsam und allein am blauen Himmel zu sehen.

### Ausschreitungen und Gewalt

Statt jedoch einfach zu feiern, dass sich Köln und viele zugereiste Antifaschistinnen und Antifaschisten den Rechten mutig in den Weg



Auch solche Bilder gab's in Köln zu sehen

stellten, kam es im Laufe des Nachmittags immer häufiger zu Ausschreitungen. Während Teile der Autonomen Linken Scheiben einschlugen, Mülltonnen in Brand setzten und mit Flaschen und Steinen auf die Polizei warfen, forderte die große Mehrheit der Demonstrierenden zur Gewaltlosigkeit auf. Nachdem „Keine Gewalt“-Sprechchöre aufgenommen waren, flogen allerdings auch vereinzelt Flaschen gegen andere Demonstrierende, verletzt wurde aber zum Glück niemand. Die Polizei wirkte in dieser schwierigen Situation immer überforderter. Die Unfähigkeit, adäquat auf einzelne Randalierende zu reagieren, gipfelte in der vorzeitigen Verhaftung von 404 linken Demonstrierenden, die unter miserablen Bedingungen zum Teil bis zum nächsten Morgen in Brühl festgehalten wurden. In gerade mal 36 Quadratmeter großen Zellen wurden bis zu 30 Gefangene untergebracht, darunter auch Jugendliche und Kinder. Die Polizei arbeitet nach eigener Aussage an der Aufklärung der Vorwürfe.

### Köln ist nicht pro „pro Köln“

Die wichtigste Botschaft an diesem Tag ist jedoch eine andere: Den PolitikerInnen von „pro Köln“ wurde eindrucksvoll gezeigt, dass Köln nicht hinter ihnen und ihrer Hetzkampagne gegen Muslime steht. Dass die Kundgebung der rechtsextremen Partei letztlich abgesagt wurde, ist dabei wohl nur zweitrangig. Wichtig ist das klare Zeichen, dass Rechtsextremismus in einer aufgeklärten Demokratie keinen Platz hat. Eine pluralistische und multikulturelle Welt stellt die Menschen oft vor schwierige Aufgaben. Doch diese lassen sich nur im Miteinander und im Dialog lösen, nicht durch Ausgrenzung ethnischer oder religiöser Minderheiten.

jk



# Bochumer Student nicht Amok gelaufen! Pisa und die Killerspiele

**I**rgendwo in Bochum: Der Student Johannes K. sitzt auf seinem Sessel vor einem 50-Zoll-Breitbildfernseher. Eine Handgranate schmückt seine Vitrine. Auf der Mattscheibe rennt ein bis an die Zähne Bewaffneter durch die Nachbildung einer nordamerikanischen Großstadt. Auf Geheiß von Johannes bringt dieser Menschen um, entführt Autos, Helikopter und Motorboote. Johannes nennt es „ein Spiel“. Zur gleichen Zeit einige hundert Kilometer weiter nördlich ereignet sich eine Tragödie: Im westfinnischen Kauhajoki erschießt Matti Saari erst zehn seiner Mitschüler an einer Berufsschule und dann sich selbst.

Was Matti S. und Johannes K. verbindet? Ein Hang zu sogenannten Killerspielen. Was sie trennt? Johannes K. sitzt gerade in einer Vorlesung und hört seinem Dozenten zu. Er hat keine Absichten, diesen oder seine Kommilitonen zu ermorden. Trotz Handgranaten und Killerspiel. Johannes K. kommt nicht aus dem Pisa-Wunderland Finnland, son-

dern ist Kind einer gutbürgerlichen Familie irgendwo in NRW.

Die Reaktion der Medien: Johannes K. stand letzte Woche in der Zeitung, weil er das entscheidende Tor seines Fußballklubs gegen den Nachbarstadtteil geschossen hat. Über Matti S. spricht die Welt. Die finnische Regierung will die drittlastesten Waffengesetze der Welt überarbeiten und alle sind fest überzeugt: Wer Killerspiele spielt, wird selbst zum Killer. Wenn er dazu noch Metal hört, erst recht! So weit, so platt. Denn noch vor nicht einmal zwei Wochen legte Prof. Dr. Jost Reinecke von der Universität Bielefeld eine Studie vor, die zeigte, dass sich ein direkter Zusammenhang zwischen Gewaltspielen und eigener Gewaltausübung nicht feststellen lässt.

### Empirie gegen Bauchgefühl

3.400 Duisburger und Duisburgerinnen im „besten Killerspielalter“ zwischen 13 und 19 wurden über sechs Jahre lang zu Erfahrungen mit den Themen Gewalt und Kriminalität befragt. Jugendkriminalität werteten die Forscher als weitestgehende Normalität im Prozess des Erwachsenwerdens, um Grenzen

auszuloten. Bereits mit 15 Jahren bewirken familiäre und gesellschaftliche Regulationsprozesse einen deutlichen Rückgang der Kriminalität, so die Untersuchung. Die Studie zeigte aber auch Besorgniserregendes: Fünf Prozent der Befragten waren jugendliche Intensivtäter mit mehr als fünf Straftaten im Jahr. Hintergrund dabei aber seien nicht ein besonderer Hang zu Killerspielen gewesen. „Gewaltsame und gleichgültige Erziehungsmethoden führen zur Befürwortung und unter Umständen zur Anwendung von Gewalt“, meint Prof. Reinecke.

### Alte Denkmuster mögen keine neuen Fakten

14 Tage sind seit Vorstellung der Studie vergangen, und keiner kann oder will sich ob der Bilder aus Finnland erinnern. Das Erklärungsmuster – Killerspiele sind böse und verursachen mehr oder minder direkt Gewalt – ist in den Köpfen, aber auch in den Medien zu verfestigt, als dass aktuelle Forschungsergebnisse daran rütteln könnten. Dies ist umso bedauerlicher, weil durch diese einfachen Erklärungsmuster Gründe für Gewalt verdeckt und nicht aufgearbeitet werden. Dass ausgerechnet im Pisa-Wunderland Finnland nun der zweite Amoklauf innerhalb von einem Jahr geschah, zeigt aber vor allem eins: Es gibt keine einfachen Lösungen für das komplexe Wesen Mensch.

rvs

# Wann dürfen wir lesen? Macht die Türen auf!

**B**ibliotheken an der Uni werden auch während der Semesterferien benötigt – das ist eigentlich eine Binsenweisheit. An der Ruhr-Uni sehen das einige Fachbereiche allerdings offensichtlich anders – zum Beispiel die Ostasienwissenschaften.

Während des Semesters hat sich das Öffnungszeiten-Problem für viele Studierende inzwischen entschärft: Die Universitätsbibliothek hat bis Mitternacht auf, und auch die dezentralen Fachbibliotheken haben in der Regel länger geöffnet als noch vor einigen Semestern. Schließlich zählen diese Maßnahmen zu den Prestigeprojekten, mit denen die Uni die Erhebung von Studiengebühren öffentlichkeitswirksam rechtfertigt. Gerade in den Präsenzbibliotheken ermöglichen die Verlängerungen in der Tat für viele erst den Zugriff

auf Literatur, die in der großen Uni-Bibliothek oftmals nicht zur Verfügung steht. Ob der Zugang zu Literatur allerdings wirklich eine „zusätzliche Verbesserung der Lehre darstellt“ – die Bedingung dafür, dass Studiengebühren verwendet werden dürfen – oder ob Lesen integraler Bestandteil des Studiums ist, das steht auf einem anderen Blatt.

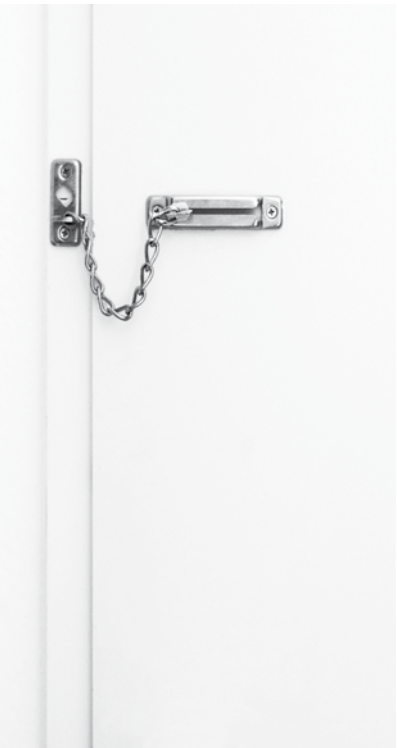
### Spezielles zu speziellen Zeiten

In manchen Fachbereichen sieht die Situation allerdings nach wie vor düster aus. In den Ostasienwissenschaften dürfen Studierende in der vorlesungsfreien Zeit gerade einmal von 10 bis 14 Uhr in ihrer Bibliothek lesen – ein Problem für viele, die in den Semesterferien Hausarbeiten schreiben müssen. Wer Geld verdienen muss oder ein Praktikum macht, hat oft schlechte Karten, überhaupt an die dringend notwendige Literatur zu kommen. Denn gerade für diesen Fachbereich findet sich kaum Literatur in der zentralen Universitätsbibliothek. Besonders ärgerlich: Seit der Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse müssen auch in den Ostasienwissenschaften mehr Hausarbeiten geschrieben werden. Die knausrigen Öffnungszeiten in der vorlesungsfreien Zeit lassen die Studierenden diesen erhöhten Druck noch deutlicher spüren.

### Fachschaft fordert Verlängerung

Seit Jahren fordert der Fachschaftsrat Ostasienwissenschaften, dass die Öffnungszeiten der OAW-Bibliothek auf ein unübliches Maß ausgedehnt werden. Die Fakultät argumentiert dagegen, dass ein Modellversuch während des Semesters zu geringer Frequentierung geführt habe. Der Fachschaftsrat hat seinerseits zum Ende der vergangenen Vorlesungszeit eine Umfrage durchgeführt, um zu ermitteln, wie die Fachschaft zu einer möglichen Erweiterung der Öffnungszeiten steht. Das Ergebnis: Eine Mehrheit von knapp 60 Prozent der Studierenden nimmt für die Erweiterung der Öffnungszeiten sogar eine Finanzierung aus Studiengebühren in Kauf. Deswegen bringt der Fachschaftsrat das Thema auf der nächsten Fakultätsratssitzung wieder auf die Tagesordnung. Stimmt der Rat zu, könnte sich die Situation schon für die kommende vorlesungsfreie Zeit verbessern – freilich dann auf Kosten der Studierenden, weil die Universität mit ihren eigenen Mitteln eine ausreichende Finanzierung der Bibliotheken nicht mehr gewährleistet.

FF, rvr



# Bochum und die Bankenpleite

Die us-amerikanische Finanzmarktkrise (siehe Seite 4) schwappt immer mehr auf den europäischen Kontinent über.

Nicht nur die staatliche Förderbank kfw gerät durch die Überweisung von Millionenbeträgen an die bankrotten Lehman Brothers in den Strudel der Finanzkrise. Auch Bochum ist wahrscheinlich direkt betroffen. Vor einigen Jahren verkaufte Stadtkämmerin Ottilie Scholz (mittlerweile Oberbürgermeisterin) das Kanalnetz der Stadt an den US-Investor „First Fidelity International, North-Carolina“ und mietete es zurück. 20 Millionen Euro spülte dieses sogenannte Cross-Boarder-Leasing-Geschäft damals in die klammen Kassen der Stadt. Kritisiert wurde es bereits damals, 13.000 Unterschriften dagegen gesammelt. Seit 2004 sind

Cross-Boarder-Leasing-Geschäfte in den USA verboten. Der Grund ist trivial: Inhalt des Geschäftes ist lediglich eine Steuerersparnis zu Lasten der amerikanischen SteuerzahlerInnen.



Noch schweigt das Rathaus zu den Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf Bochum

pleite betroffen und kann eventuell seine Verpflichtungen nicht erfüllen – einspringen muss dann die Stadt Bochum. Ob und welche Kosten auf Bochum zukommen, wird der Haupt- und Finanzausschuss erst am 15. Oktober beraten. Eine von der Sozialen Liste geforderte Sondersitzung wurde von der Oberbürgermeisterin abgelehnt.

rvs

# :bsztermine

## Donnerstag, 2. Oktober

### Bolivien zwischen Staatsstreich und Bürgerkrieg?

Seit einigen Monaten sieht sich die bolivianische Regierung schwersten Destabilisierungsversuchen ausgesetzt. Die Gouverneure der reichsten Provinzen erklärten ihre Abspaltung von der Regierung in La Paz. Weiße rechtsradikale Todesschwadronen jagten und ermordeten die AnhängerInnen des indigenen Präsidenten Evo Morales in den Straßen. Bolivien steht vor einer Zerreißprobe, die unmittelbar in einen Bürgerkrieg oder einen Staatsstreich münden kann. Anlässlich der aktuellen Situation wird der bolivianische Botschafter auf Einladung der Medizinischen Flüchtlingshilfe bei einem Vortrag mit aktuellen Informationen über die Entwicklung in Bolivien referieren.

Zeit: 19.30 Uhr  
Ort: Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108

### El Zapote präsentiert Eskorzo

Die Ska- und Groovemusiker der Band Eskorzo aus Granada gelten als eine der vielseitigsten und aufregendsten der spanischen Musikszene. In ihrem eigenen Klangkosmos spannen sie einen Bogen von Reggae bis hin zu Funk, HipHop und Balkan-Punk. Sänger Tony Moreno begeistert mit Raggamuffin ebenso wie mit Muezzin-Gesängen – ein Dervish unter seinen sieben Mitmusikanten. Eintritt: 12 Euro.

Zeit: 20.00 Uhr  
Ort: Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108

## Mittwoch, 8. Oktober

### JAZZ|session|BOCHUM

Unter dem Namen „Trilogie“ wird Kontrabassist Jörn Dodt im Kulturcafé mit einer Mischung aus zeitgenössischem, modernem Jazz und eigenen Stücken für hoffentlich gute Stimmung sorgen. Gemeinsam mit Jürgen Glenk (Klavier) und Oliver Birk (Schlagzeug) präsentiert er Songs mit starkem Wiedererkennungswert, die auch das eine oder andere Element populärer Musik einbeziehen. Nach dem Konzert ist die Bühne frei für die Jazz-Session, unterstützt von der Opener-Band. Der Eintritt ist frei.

Zeit: 20.30 Uhr  
Ort: Kulturcafé, Ruhr-Universität

## Freitag, 10. Oktober

### Bochumer Blues Session

Nach dem Jazz erobert auch der Blues das Kulturcafé an der Ruhr-Uni! Thomas Wicher & Friends sorgen für amerikanisches Feeling in Bochum. Nach dem Auftritt laden die VeranstalterInnen außerdem zur offenen Session ein. Der Eintritt ist frei.

Zeit: 21.00 Uhr  
Ort: Kulturcafé, Ruhr-Universität

## Montag, 13. Oktober

### Zentrale Immatrikulationsfeier

Neben fachspezifischen Einführungen veranstaltet die Uni zum Start des Wintersemesters auch eine allgemeine Einführung für alle ErstsemesterInnen im Audimax. Neben einer Begrüßung und ersten einführenden Worten sorgt die Kulturinitiative boSKop für das unterhaltende Rahmenprogramm. Außerdem wird die bsz-Sonderausgabe zum Semesteranfang verteilt.

Zeit: 9.00 Uhr  
Ort: Audimax, Ruhr-Universität

## Mittwoch, 15. Oktober

### Auch Glückskekse krümeln

Mit ihrem Kabarett-Programm wandelt Sia Korthaus auf den Spuren des Hans-Dieter Hüsch und stellt die essentiellen Fragen der Menschheit: Kann man als Fuselrolle wiedergeboren werden und bringt mich das Drachenvogel näher zu Gott oder näher zum Hochspannungsmast? VVK: 12 Euro/ AK: 14 Euro

Zeit: 20.30 Uhr  
Ort: Zauberkasten, Lothringer Straße 36

**:bszgespräch** mit Dr. Jürgen Born

# Im Strudel der Finanzkrise?

**Auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise hat sich die US-Regierung zum massiven staatlichen Eingriff entschlossen. Welche sozial- und finanzpolitischen Auswirkungen dies hat und wie die Finanzkrise im globalen Maßstab einzuordnen ist, erörtert die bsz im Gespräch mit Dr. Jürgen Born, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre der RUB.**



**Dr. Jürgen Born**

**bsz:** Das us-amerikanische „Rettungspaket von 700 Milliarden Dollar für notleidende Bankhäuser“ geht vor allem zu Lasten der steuerzahlenden Bevölkerung: Während die Mittelsklasse mit ihren gepfändeten Immobilien im Regen stehen bleibt, werden Großunternehmen generös abgestützt. In welcher marktökonomischen Logik bewegt sich eine solche Finanzpolitik?

Offensichtlich befürchtet die Regierung derart gravierende Folgen für die US-Wirtschaft, dass sie sich zu diesem Eingriff gezwungen fühlt. Sollten durch das geplante, politisch aber höchst umstrittene Rettungspaket die negativen Folgen der Bankenkrise wirksam gemindert werden, nutzt dies natürlich auch der Mittelschicht. Eine anhaltende oder sich verschärfende Finanz- und Wirtschaftskrise trafe gerade die Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen besonders hart. Dennoch bleibt die bittere Erkenntnis, dass nach Jahren enormer individueller Gewinne nun die immensen Verluste sozialisiert werden. Dies ist sicher keine Werbung für das Prinzip Marktwirtschaft.

**bsz:** Macht eine solche Politik selbst unter rein ökonomischen Prämissen überhaupt Sinn oder sind die 700 Milliarden nur Tropfen auf jene Steine, die den Weg in die nächste Krise pflastern?

Die aktuelle Finanzkrise ist auch eine Folge von Intransparenz. Verluste und Risiken einzelner Institute dringen nur scheinungsweise an die Öffentlichkeit, so dass das endgültige Ausmaß der Krise immer noch nicht absehbar ist. Dies führt zu wachsendem Misstrauen zwischen den Marktteilneh-

mern. Weit über die in Dollar messbaren Verluste hinaus kann anhaltende Unsicherheit die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes beeinträchtigen. Vor dem politischen Hickhack Ende der vergangenen Woche hatte hier bereits die Ankündigung des Rettungspakets offenbar den ersten Zweck erfüllt – eine vorläufige Beruhigung der Märkte. Allerdings kann dieser Effekt schnell verpuffen, wenn sich herausstellen sollte, dass die im großen Maße angestrebte staatliche Übernahme fauler Kredite nicht effektiv durchgeführt werden kann. Außerdem steigen mit einem kreditfinanzierten Rettungspaket Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung. Sollten die USA schließlich doch in einen wirtschaftlichen Abschwung rutschen, könnte das aktuelle Rettungspaket den finanzpolitischen Spielraum künftiger US-Regierungen spürbar einschränken. Ordnungspolitisch ist das Rettungspaket natürlich fatal. Welche Anreize gibt es in Zukunft noch, sensibel mit Risiken umzugehen, wenn der Staat am Ende doch die Zeche zahlt?

**bsz:** Bedeutet die Transformierung der beiden letzten US-Investmentbanken, Goldman Sachs und Morgan Stanley, als bisherigen Impulsgebern der Wall Street in gewöhnliche Geschäftsbanken, die nunmehr der staatlichen Aufsicht unterliegen, einen Paradigmenwechsel in der US-Finanzpolitik? Garantiert dies tatsächlich eine effektivere Kontrolle des „Kasinokapitalismus“ oder handelt es sich lediglich um eine symbolische Korrektur?

Die Umwandlung hat sicher auch symbolische Bedeutung: Sehet her, der Staat wird aktiv, er unterstellt das bisher eher spärlich regulierte Investmentbanking der strikten Geschäftsbankenaufsicht. Ob und inwiefern die beiden Banken in Zukunft aber ihre Geschäftsstrategien ändern werden, lässt sich wohl noch nicht abschätzen. Festzuhalten bleibt, dass die US-Investmentbanken offensichtlich nicht in der Lage waren, ihre enormen Freiheiten zu nutzen, um wirksame interne Kontrollmechanismen zu entwickeln. Ordnungspolitisch könnte diese Umwandlung als Ausdruck steigender Akzeptanz staatlicher Regulierung interpretiert werden und damit auch ein Signal für andere Wirtschaftsbereiche sein.

**bsz:** Ist der Finanzmarkt durch regulative Eingriffe nach „US-Vorbild“ überhaupt stabilisierbar oder bedarf es vielmehr grundlegender Restriktionen des Börsenkapitalismus – etwa durch internationale Regelungen, die besonders riskante

**Formen der Geldanlagen und Finanztransaktionen (wie zum Beispiel „Leerverkäufe“) gesetzlich unterbinden?**

Stabile Finanzmärkte können auf Dauer sicher nicht durch sporadische Staatsinterventionen gewährleistet werden. Vielmehr bedarf es einer internationalen Harmonisierung der bankenaufsichtlichen Regelungen. Seit Jahren wird im Rahmen des sogenannten Basel-II-Prozesses versucht, weltweit einheitliche Vorschriften zur Verbesserung des Risikomanagements der Finanzinstitute verbindlich einzuführen. Während die Umsetzung von Basel II etwa in der EU schon weit fortgeschritten ist, hinken ausgerechnet die USA hinterher. Allerdings: Mehr Regulierung bedeutet nicht notwendigerweise bessere Regulierung. Ein dichtes Regelwerk birgt die Gefahr, dass Geschäftsstrategien verstärkt auf die Ausnutzung möglicher Regelungslücken getrimmt werden und sich damit der Aufsicht erneut entziehen. Und Verbote mögen zunächst mehr „gefühlte“ Sicherheit vermitteln. Im ungünstigen Fall trafe es aber gerade jene Instrumente, die in der Öffentlichkeit als äußerst gefährlich gebrandmarkt sind, obwohl sie bei verantwortungsvollem Einsatz die Stabilität der Finanzmärkte erhöhen könnten.

**bsz:** Wäre zudem die Einführung einer bereits 1972 vom Wirtschaftsnobelpreisträger James Tobin vorgeschlagenen globalen Devisenumsatzsteuer hilfreich, um das zunehmende Auf-und-Ab an den internationalen Finanzmärkten weniger risikoreich zu gestalten?

Tobin hatte diese Form der Besteuerung ursprünglich vorgeschlagen, um insbesondere



### Was wird aus der Wall-Street nach der Finanzmarktkrise?

kleinere Länder gegen kurzfristige Devisenspekulationen zu schützen. Einen direkten Zusammenhang mit der derzeitigen Krise sehe ich daher noch nicht. Erwähnt werden sollte jedoch, dass Tobin die Devisenumsatzsteuer explizit als flankierendes Instrument zum weiteren Ausbau des freien Handels und nicht als protektionistische Maßnahme verstand.

**bsz:** Welche weltweiten Auswirkungen der US-Bankenkrise sind zu befürchten?

In der EU intensivieren sich die Anzeichen für eine Abkühlung der Konjunktur. Speziell für Deutschland würde dies bedeuten, dass die angestrebte Konsolidierung der Staatsschulden verzögert oder gar gefährdet und der Abbau der Arbeitslosigkeit verlangsamt oder gar gestoppt würde. Die Auswirkungen auf die Schwellen- und Entwicklungsländer könnten sehr viel drastischer ausfallen. Wenn die Krise weiter um sich greift, wandert das dort zum Aufbau der heimischen Wirtschaft dringend benötigte Kapital verstärkt in die „sicheren Häfen“ der Industrienationen. Massiver, kurzfristiger Kapitalabfluss aus Ländern mit noch jungen Märkten und wenig entwickelten Institutionen kann zur nachhaltigen Destabilisierung ganzer Volkswirtschaften führen. Die besonders armen Länder laufen darüber hinaus Gefahr, dass die Unterstützungsbereitschaft der reichen Länder aufgrund der Krise abnimmt.

**bsz:** Lässt sich aus den Erfahrungen der Finanzkrise der Schluss ziehen, dass eine weitere wirtschaftliche Globalisierung die Gefahr eines künftigen weltweiten Börsencrashes verstärken würde?

Durch die Globalisierung sind die weltweiten Finanzmärkte stärker verflochten denn je. Auf der einen Seite kann sich daher die eigentlich hausgemachte Finanzkrise in den USA schneller auf nahezu den gesamten Globus ausweiten. Auf der anderen Seite schafft der höhere Verflechtungsgrad aber auch neue Formen der Stabilisierung. So haben die amerikanischen Finanzgiganten mitten in der Krise enorme Kapitalspritzen asiatischer Investoren erhalten. Gerade die steigende gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit macht die Märkte zwar komplexer, aber nicht unbedingt unsicherer. Die chinesische Regierung hält beispielsweise einen großen Teil der US-amerikanischen Staatsanleihen. Sie hat daher ein unmittelbares Interesse daran, dass diese Staatsanleihen nicht an Wert verlieren (etwa durch eine starke Dollar-Abwertung), während die US-Regierung zur Vermeidung von Kursstürzen alles daran setzen muss, China von einem strategischen Verkauf der Papiere abzuhalten. Die beiden Supermächte sind also über die

Finanzmärkte stark aneinander gebunden. Dies dürfte die Bereitschaft zur politischen Kooperation maßgeblich beeinflussen. Selbstverständlich spiegelt diese Einschätzung der Globalisierung einen sehr westlichen Standpunkt wider. Wer seine Familie hingegen trotz Ganztagsjob von den Müllkippen Manilas ernähren muss oder in Haiti seine Existenzgrundlage aufgrund billiger US-Reisimporte verliert, trägt die eigentlichen Kosten der bisher zutiefst ungerecht verlaufenden Globalisierung.

**bsz:** Jürgen Born, herzlichen Dank für dieses Gespräch!

*Das Interview führte Ulrich Schröder.*

**:bsz**impressum

bsz – Bochumer Stadt- &amp; Studierendenzzeitung

**Herausgeber:** AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Matthias Brunnert, Sven Ellmers, Karsten Finke, Stefanie Konetzka, Stefan Mercking, Sven Schulz und Christian Wolf

**Redaktion dieser Ausgabe:** Florian Fiegel (FF), Hanno Jentzsch (haje), Jan Keitsch (jk), Rolf van Raden (rvr), Uli Schröder (UJSch), René Voss (rvs)

**V.i.S.d.P.:** Jan Keitsch (Anschrift siehe unten)

**Bildnachweis:** Pressestelle der RUB S. 1o, [www.sxc.hu](http://www.sxc.hu) S.1m, [www.photocase.de](http://www.photocase.de) - Hast du den Flow S.1u - doesnotcare S.3m, Jan Keitsch S.2, [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de) Sybille Daden S.3c, Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum 3u, René Voss S.4

**Auflage/Druck:** 3.000 Stück, Druckwerk, Dortmund.

**Anlage/Druck:** 5.000 Stück, Druckwerk, Dortmund.  
**Anschrift:** bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum,  
 Studierendenhaus Raum 081, 44 780 Bochum.

**Fon:** 0234-32-26900; **Fax:** 0234-701623

**E-Mail:** [redaktion@bszonline.de](mailto:redaktion@bszonline.de)

**WWW:** <http://www.bszonline.de>

**- Anzeige -**

► **SPEISEPLAN MENSA DER RUB**  
vom 01. Oktober bis 07. Oktober 2008

|                                                           | MITTWOCH                                                                                                                                                                                                                   | DONNERSTAG                                                                                                                                                                                                                                          | FREITAG                                                                       | MONTAG                                                                                                                                                                                                                        | DIENSTAG                                                                                                                                                                                                                                                                   |
|-----------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>SPRINTER</b><br>Preis: 2,-/3,-                         | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Reispfanne Rhodos, dazu Salat</li> <li>► Germknödel mit Vanillesauce und Pflaumenkompott</li> </ul>                                                                               | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Paella, dazu Salat</li> <li>► Gemüseauflauf mit Käse überbacken, dazu Salat</li> </ul>                                                                                                                     | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Tag der Deutschen Einheit</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Salatteller mit Chicken-Fingers und Baguette</li> <li>► Spätzlepfanne mit Pesto und Pimienkernen, dazu Salat</li> </ul>                                                              | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Hühnertopf mit Hähnchenfleisch und Baguette</li> <li>► Schupfnudel-Gemüsepfanne, dazu Salat</li> </ul>                                                                                                                            |
| <b>KOMPONENTEN-ESSEN</b><br>Preis: 1,20-1,60€/2,20-2,60 € | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Rinderhacksteak mit Barbecuesauce</li> <li>► Soja-Geschnetzeltes "Gyros Art" mit Tsatsiki-Dip</li> </ul>                                                                          | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Paniertes Seelachsfilet mit Dillsauce</li> <li>► Broccoliröstling mit Allgäuer Bergkäsesauce</li> </ul>                                                                                                    | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Tag der Deutschen Einheit</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Hähnchenfilet mit Broccoli, Champignonsauce</li> <li>► Balkan-Röstling mit Pustasauce</li> </ul>                                                                                     | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Feuerspieß mit Diabolosauce</li> <li>► Tofupfanne "Griechische Art"</li> </ul>                                                                                                                                                    |
| <b>AKTION</b><br>Preis: 2,30 - 5,50 €                     | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Gebratener Fleischkäse mit Schmorzwiebeln, dazu Semmelknödel und Rotkohl</li> </ul>                                                                                               | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Rostbratwürstchen auf Sauerkraut, dazu Kartoffelpüree</li> </ul>                                                                                                                                           | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Tag der Deutschen Einheit</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Bratwurst mit Zwiebel-Senfesauce und Kartoffelpüree dazu Salat</li> </ul>                                                                                                            | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Frühlingsrolle mit Hähnchenfleisch, dazu Mango-Dip, Eiernudeln und Salat</li> </ul>                                                                                                                                               |
| <b>BEILAGEN</b><br>Preis: 0,40-0,50€/0,50-0,60€           | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Penne Rigati</li> <li>► Basmatireis</li> <li>► Möhrenscheiben</li> <li>► Ratatouillegemüse</li> <li>► Italia-Mix</li> <li>► Mischsalat "Extra"</li> <li>► Rotkohlsalat</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Biosalzkartoffeln</li> <li>► Makkaroni</li> <li>► Erbsen &amp; Möhren</li> <li>► Blattspinat</li> <li>► Gurkensalat klar</li> <li>► Mensa-Mix</li> <li>► Rohkost-Sticks</li> <li>► Rohkostsalat</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Tag der Deutschen Einheit</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Kroketten</li> <li>► Vollkornspaghetti</li> <li>► Kaisergemüse</li> <li>► Mediterranes Gemüse</li> <li>► Rahmgurkensalat</li> <li>► Endiviensalat</li> <li>► Rohkostsalat</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Tomatiger Vollkornreis</li> <li>► Kartoffelecken</li> <li>► Zuckererbsen</li> <li>► Paprika-Bohnengemüse</li> <li>► Eisbergsalat</li> <li>► Paprika-Zucchiniensalat</li> <li>► Rohkost-Sticks</li> <li>► Altenburg-Mix</li> </ul> |
| <b>BISTRO</b><br>Preis: 2,30 -3,50€/3,30 - 4,50€          | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Wirsingroulade in brauner Sauce mit Biokartoffeln und Wirsinggemüse</li> <li>► Putengeschnetzeltes "Gyros Art" mit Krautsalat, Tsatsiki-Dip und Fladenbrot</li> </ul>             | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Rindergulasch "Afrikanisch" mit bunten Nudeln und Erbsen</li> <li>► Currywurst mit Pommes Frites und Rahmgurkensalat</li> </ul>                                                                            | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Tag der Deutschen Einheit</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Sauerbraten mit Semmelklößen und Rotkohl</li> <li>► Hähnchenbolognese mit Spaghetti und Eisbergsalat</li> </ul>                                                                      | <ul style="list-style-type: none"> <li>► Rindergeschnetzeltes "Stroganoff-Art" mit Spätzle und Kaisergemüse</li> <li>► Calamares im Backteig mit Ajoli-Dip, dazu Baguette und Kappessalat</li> </ul>                                                                       |



**AKAFO**

**AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK**

► **WWW.AKAFOE.DE**